

Von Twitter in die Institutionen

Der Bewegung BlackLivesMatter gegen Gewalt an Schwarzen in den USA droht Bewegungslosigkeit. *Von Johannes Simon*

Die Oscars und der Super Bowl sind amerikanische Nationalheiligtümer, die normalerweise wenig mit Politik zu tun haben. Dieses Jahr war das anders. Vier Jahre nach dem Tod von Trayvon Martin, 18 Monate nach dem Tod von Michael Brown in Ferguson, zehn Monate nach den Krawallen in Baltimore hat der afro-amerikanische Protest auch dort Einzug gehalten.

Nach der Boykottankündigung einiger schwarzer Schauspieler war die fehlende Vielfalt in Hollywood das zentrale Thema bei den Oscarverleihungen gewesen. Moderator Chris Rock, ein schwarzer Comedian, stellte lapidar fest: »Natürlich ist Hollywood rassistisch.« Als es wie jedes Jahr daran ging, kürzlich verstorbenen Industriegrößen zu gedenken, schlug er vor, doch auch an all die Schwarzen zu denken, die auf dem Weg zum Kino von der Polizei erschossen worden sind.

Zuvor hatte sich Beyoncé bei der Halbzeitshow des Superbowl von Tänzerinnen im Outfit der Black Panthers begleiten lassen, die den Black-Power-Salute zeigten. Die aktuelle Single des Weltstars, »Formation«, ist zwar nicht gerade ein Protestsong, doch das dazugehörige Video ein klares Bekenntnis zur Bewegung BlackLivesMatter. Es spielt in New Orleans, das seit Hurricane Katrina ein Symbol für die Diskriminierung der Schwarzen geworden ist. Eine Einstellung zeigt die Sängerin auf einem in den Fluten versinkenden Polizeiauto. Wiederholt sieht man ein Graffito: Stop shooting us!

BlackLivesMatter wurde 2013 von den drei jungen, schwarzen Aktivistinnen Alicia Garza, Patrisse Cullors und Opal Tometi als Reaktion auf den Freispruch von George Michael Zimmerman ins Leben gerufen, der den unbewaffneten, schwarzen Teenager Trayvon Martin erschossen hatte. Der Slogan umfasst mittlerweile eine offizielle BLM-Organisation wie auch die spontanen Graswurzelproteste im ganzen Land. Diese richten sich zwar vor allem gegen Polizeigewalt, doch von Anfang an schwang das Versprechen mit, dass die enorme Energie, die auf den Straßen von Ferguson und Baltimore zu spüren war, zu einer echten politischen Bewegung werden könnte, die der marginalisierten schwarzen Bevölkerung eine Stimme gibt. Diese Hoffnung besteht weiterhin, doch die programmatistische Unbestimmtheit droht das radikale Potenzial des Protestes im Sande verlaufen zu lassen. Auch hat die offene Organisationsform von BLM zu einem Fokus auf einige Medienstars geführt, die sich im Namen der Graswurzelproteste an die nationale Öffentlichkeit richten.

Bestes Beispiel ist Deray McKesson, der inzwischen zur wohl prominentesten Figur der Bewegung geworden ist. Bei einem Vortrag in Harvard konnte McKesson sich damit brüsten, dass er einer der nur zehn Menschen sei, denen Beyoncé auf Twitter folgt – ein echter Ritterschlag für jemanden, der nie müde wird zu behaupten: »Twitter is the Revolution.« Twitter war zumindest McKessons Weg zur nationalen Prominenz. Vor dem Tod Michael Browns in Ferguson war er bei BlackLivesMatter nicht in Erscheinung getreten. Erst als dort die Proteste begannen, kündigte er seinen Job und tauchte in Ferguson auf, um die Demonstrationen auf Twitter zu dokumentieren.

Für einen Anführer einer politischen Graswurzelbewegung hat McKesson eine ungewöhnliche Laufbahn hinter sich. Er war zuvor »Senior Director of Human Capital« der Schulbehörde von Minneapolis. Zum Bildungssektor fand McKesson durch Teach For America (TFA), eine von den reichsten Amerikanern mit über 200 Millionen Dollar im Jahr geförderte NGO, die Studienabgänger von guten Universitäten für zwei Jahre als Lehrer an Schulen in sozialen Brennpunkten vermittelt. Kritiker bemängeln, dass diese oft benutzt werden, um erfahrene Lehrer zu ersetzen und so die immer noch starken Lehrergewerkschaften zu schwächen. TFA



Protest gegen die Erschießung Michael Browns im August 2014 in Ferguson

Foto: dpa/Larry W. Smith

vermittelt besonders an sogenannte Charter Schools, die zwar von der öffentlichen Hand finanziert, aber von unabhängigen privaten Organisationen geleitet werden. Sie sind ein zentrales Element der gegenwärtigen Versuche, das öffentliche Schulsystem in den USA zu privatisieren.

Das Bildungsniveau der Armen soll gehoben werden – so die Theorie – indem Schulen wie Unternehmen geleitet werden und in Konkurrenz zueinander treten. In New Orleans, wo Charter Schools das bestehende Schulsystem in der Folge von Hurricane Katrina vollständig ersetzten – Naomi Klein diente dieser Vorgang in ihrem Buch »Die Schock-Strategie« als zentrale Episode, um das Konzept des »Katastrophen-Kapitalismus« zu demonstrieren – ist das Gegenteil festzustellen: Die freie Konkurrenz um Schüler verstärkt vor allem die

bestehende Ungleichheit zwischen Schulen – und die Trennung nach Klassenzugehörigkeit und Hautfarbe. Eine Studie des Institute on Race and Poverty an der University of Minnesota Law School von 2010 hat herausgefunden, dass etwa 80 Prozent der weißen Schüler in New Orleans die besten und selektivsten Schulen der Stadt besuchen, während arme und farbige Kinder vorrangig in den Schulen zu finden sind, die in den Tests am schlechtesten abschnitten.

McKesson trat in Ferguson gemeinsam mit Brittany Packnett auf, der dortigen Leiterin von TFA. Wenige Tage später erschien der erste Artikel über ihn in der Washington Post. Die Anzahl seiner Twitter-Follower wuchs rasant und bald wurde er von den Medien als eloquentes Sprachrohr der Bewegung entdeckt. Der große Durchbruch war eine Co-

ver-Story im Magazin der »New York Times« im Mai 2015. Der Artikel mit der Überschrift »Wie eine Gruppe schwarzer Social-Media-Aktivistinnen die Bürgerrechtsbewegung des 21. Jahrhunderts aufbauten«, folgte McKesson über fünf Monate bei seiner Tour von einem Protest zum nächsten, in Ferguson, New York, Selma und Baltimore. Von da an war McKesson ein Medienstar, der von allen großen Nachrichtensendern interviewt wurde. Er trat in der Daily-show auf und übernahm in der Late-night Show von Stephen Colbert die Aufgabe, der weißen Öffentlichkeit die schwarze Wut zu erklären.

Auch Brittany Packnett erlangte schnell nationale Prominenz. Der Gouverneur von Missouri berief sie zur offiziellen Ferguson Commission, die die zugrundeliegenden sozialen und ökonomischen Bedingungen, die durch die Unruhen nach dem Tod von Michael Brown hervorgehoben wurden, untersuchen sollte. Wenig später wurde sie von Obama ins Oval Office eingeladen und Teil der »Task Force On 21st Century Policing« der Bundesregierung. Der Bericht der Task Force schlug weitreichende Reformen der Polizeiarbeit vor, ignorierte aber jegliche sozialen und ökonomischen Aspekte des Problems.

Beide, McKesson und Packnett, verdanken ihre Rollen als prominente Aktivistinnen nicht dem Rückhalt in der tatsächlich existierenden Protestbewegung, sondern allein der Tatsache, dass die Medien und offizielle Regierungsstellen sie dazu gemacht haben. Dass sie als Führungsfiguren von BLM gelten, lässt befürchten, dass einmal mehr durchaus aufrichtiges Eintreten für die Interessen der armen schwarzen Bevölkerung nicht notwendigerweise zu progressiver Politik führen wird. Dazu bedarf es einer grundlegenden politischen Kritik, die Rassismus und Polizeigewalt in ihrem gesellschaftlichen Kontext betrachtet. Eine Kritik, die BlackLivesMatter bisher vermissen ließ.

Einer der BLM-Gründerinnen, Alicia Garza, die für die Gewerkschaft der Hausangestellten arbeitet, sagte in einem Interview mit »The Nation« zwar, dass auch eine »Alternative zum Kapitalismus« ein Ziel der Bewegung werden könnte. Doch in der Praxis haben diese Aspekte bisher kaum eine Rolle gespielt. Die »Guiding Principles«, die auf der Website der Bewegung zu lesen sind, drehen sich vor allem um die Bewegung selbst: Vielfalt, Respekt für Transgender und andere Identitäten, Bekenntnis zur schwarzen Identität. Nichts liest man von ökonomischen Fragen oder einer Gesellschaftskritik, die mehr einschließt als Diskriminierung.

Wenn die Bewegung aber dem eigenen Anspruch entsprechen möchte, die Benachteiligung der Schwar-

zen bzw. strukturellen Rassismus in jeder Form zu bekämpfen, kann sie nicht bei einer Polizeireform haltmachen. Das Leben von Schwarzen wird nicht nur durch die Polizei bedroht. Es ist zwar eine zynische Strategie der amerikanischen Rechten, auf Proteste gegen Polizeigewalt mit einem Verweis auf »black on black crime« – also dass mehr Schwarze von anderen, kriminellen Schwarzen erschossen werden als von der Polizei – zu reagieren. Doch liegt darin ein wahrer Kern. Baltimore hat, wie New Orleans und viele andere mehrheitlich schwarze Wohngebiete, eine exorbitante Mordrate. Die konzentrierte Armut und Perspektivlosigkeit, die für die Gewalt verantwortlich sind, haben tiefe Wurzeln in der amerikanischen Gesellschaftsstruktur. Auch die Deindustrialisierung und der neoliberale Umbau des Staates der letzten Jahrzehnte hat Afroamerikaner besonders getroffen. So beträgt etwa die Jugendarbeitslosigkeit von Schwarzen ohne College-Abschluss über 50 Prozent.

Der Politikwissenschaftler Adolph Reed kritisiert seit Jahrzehnten die Tendenz in der afroamerikanischen Politik, politische Spaltungen innerhalb der »community« zu ignorieren. Dies sei das »brokerage-Modell« schwarzer Politik, in dem Führungsfiguren die Fähigkeit zugesprochen wird, den als monolithisch aufgefassten Willen »der Schwarzen« zu vertreten. Dieses »Race Leader Prinzip« untergräbt wichtige Debatten und die echte Mobilisierung der Menschen.

Die offizielle BlackLivesMatter-Organisation versteht sich als Alternative zu diesem alten Konzept der »black leadership« wie es etwa Rev. Al Sharpton oder Jesse Jackson verkörperten. Doch wird nicht das Prinzip an sich kritisiert, sondern lediglich die fehlende Vielfalt an Führungspersonal. BLM beabsichtigt, dass »Führung aus unseren intersektionalen Identitäten entsteht, anstatt aus einer einheitlichen schwarzen Identität. Deshalb wollen wir uns nicht hinter einem charismatischen Führer versammeln.« Dementsprechend weisen die meisten Statements daraufhin, dass von ihren drei Gründerinnen zwei lesbisch sind und eine die Tochter von nigerianischen Einwanderern ist.

Gerade weil die Organisation absichtlich dezentral ist und nur aus einem losen Verbund lokaler »Chapters« besteht, sind die prominenten Gründerinnen das unangefochtene Gesicht der Bewegung geblieben, ohne sich einer Mitgliedschaft gegenüber verantworten zu müssen. Dies obwohl sie inzwischen erhebliche Zuwendungen von privaten Stiftungen erhalten. Auch Beyoncé und ihr Ehemann Jay-Z haben verkündet, über eine Stiftung 1,5 Millionen Dollar an BlackLivesMatter und verwandte Organisationen zu spenden. Stiftungen finanzieren einen Großteil des progressiven Aktivismus in den USA, was oft eine entpolitisierte Wirkung hat und vor allem kleinteilige, reformerische Projekte fördert, auf Kosten von echter, oder gar radikaler, politischer Arbeit. Geld allein wird auch BLM nicht progressiver machen.

Reed schrieb 1996: »In Chicago haben wir einen Vorgesmack auf den neuen Typus der von Stiftungen ausgebrüteten schwarzen »Stimmen der community«; einer von ihnen, ein glatter Anwalt aus Harvard mit makellosen Wohltätigkeitsreferenzen und nichtssagend bis repressiv neoliberalen politischen Vorstellungen, hat die Wahl zum Senator gewonnen, unterstützt vor allem von der liberalen Stiftungs- und Entwicklungshilfewelt.« Gemeint war damals Barack Obama. Doch könnten Reeds Worte mit nur wenigen Änderungen auf Deray McKesson gemünzt sein. Der hat kürzlich erklärt, er werde in Baltimore als Bürgermeister kandidieren. Dort läuft gerade eine von finanzstarken Non-Profits unterstützte Kampagne, die zum Ziel hat, die schon existierenden Charter-Schools vom Tarifvertrag der Lehrergewerkschaften zu befreien.

#BlackLivesMatter

Die Bewegung BlackLivesMatter entstand aus einem Twitter-Hashtag, nachdem der Prozess gegen den Mann, der den schwarzen Jugendlichen Trayvon Martin erschossen hatte, mit einem Freispruch geendet hatte. Mittlerweile ist daraus eine Bewegung geworden, die im ganzen Land Proteste organisiert und mehrmals medienwirksam Auftritte der demokratischen Präsidentschaftskandidaten unterbrochen hat. Bernie Sanders und Hillary Clinton waren gezwungen, öffentlich ihre Unterstützung zu bezeugen, und fügten Maßnahmen gegen Polizeigewalt zu ihren Wahlprogrammen hinzu.

Erst am Mittwoch wurde ein junger Polizist verhaftet, der in der Woche zuvor den 59-jährigen Gregory Gunn in Montgomery (Alabama) erschossen haben soll. Er habe dessen Verhalten verdächtig gefunden und ihn festnehmen wollen. Nach einem Wortwechsel habe der Polizist den Mann erschossen, der nach Informationen von AFP einen Stock bei sich hatte. Bei Demonstrationen wurde dem Polizisten vorgeworfen, er habe geschossen, weil sein Gegenüber ein Schwarzer gewesen sei.

Wenn die Bewegung dem eigenen Anspruch entsprechen möchte, die Benachteiligung der Schwarzen bzw. strukturellen Rassismus in jeder Form zu bekämpfen, kann sie nicht bei einer Polizeireform haltmachen. Das Leben von Schwarzen wird nicht nur durch die Polizei bedroht.



Beyoncé beim Super Bowl 50

Foto: dpa/Tony Avelar